

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

2.6.1932 (No. 126)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. K. M. e. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstag 15 Reichspfennig. — Anzeigenpreis: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen halber Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontoführung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Exzesse, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Druckfaden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.



18. Wander-Ausstellung der D.L.G. in Mannheim v. 31.5.-1.6.1932

Die Ausstellung der D.L.G. in Mannheim in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung

Von C. Leonhard Albert, Diplom-Volkswirt, Karlsruhe.

I. Reichsschau

Mit Beginn der Mittagsstunde des 31. Mai wurde unter feierlichen Klängen „Ehre Gottes in der Natur“, durch den Präsidenten der Badischen Landwirtschaftskammer, Dr. Graf Douglas, die 18. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft eröffnet.

In schwerster Not und Wirnis des Vaterlandes erklangen die Stimmen: „Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt.“ Wenn von uns was da innerlich nicht schwer ums Herz geworden sein, bitter weh, wer mag nicht mitempfinden haben, was für eine Differenz besteht zwischen Politik und deutschem Arbeitsgeist, der hier auf der Ausstellung der D.L.G. sich ein erhabenes Heim gebaut hat, fest in seinem Fundament, jenseitiger und erhebend. Nicht Freude ist der Sinn in und auf der Ausstellung, sondern erstarrter Arbeitswille, gesteigerte Hochleistung mit dem Einsatz des besten Könnens zu geben. Innerer Zwang bei jedem Schauwandler ist das Ringen um Anerkennung seiner Produktion, Erzeugung oder Züchtung, eingutreten in den Kreis des Wettbewerbes, Konkurrenz zu sein, trotz des Kampfes der Not und Entbehrung, mit den letzten Mitteln zu zeigen, daß er noch lebt, daß, obwohl die Last der Zeit ihn immer und immer wieder in die Arnie zwingen will, er mit Aufbietung all seiner Kraft noch zwingt, und so Gott will, auch stehen bleiben wird.

Wenn man an die Betrachtung der Bedeutung der D.L.G.-Ausstellung herangeht, muß man sich, soweit das Bild abgegrenzt haben, denn sonst würde man nie dem Sinne und dem Willen der Ausstellungsleitung und der Ausstellung gerecht werden können.

Geboren ist das heute erfüllte Werk aus der Idee des großen Vorkämpfers der Landwirtschaft, Max Goltz. Technik und Wissenschaft haben in raschem Tempo besonders in der Nachkriegszeit erlauchenerwerte Fortschritte zu verzeichnen. Deren muß sich der Bauer bedienen, will er im Kampf der wirtschaftlichen Kräfte sich behaupten können.

Ist dies aber möglich in Zeiten heutiger Not? Heimtückisch fällt uns hier schon das erste Problem an, das der Theoretiker „Preisfrage“ nennt; niedere Leistungen für die bäuerliche Produktion, hohe Steuern, übernormale Schuldzinsen einerseits, teure Industrieprodukte andererseits, sind die Scherenblätter, unter denen die Landwirtschaft ächzt und stöhnt, und die sie zu zermalmen drohen. Denn irrational arbeiten viele bäuerliche Betriebe in heutigen Tagen. Noch bedeutsamer macht aber die Konstellation des Weltwirtschaftsmarktes dieses Problem. Denn hier tritt hinzu die Konkurrenz des Auslandes als ganz wesentlicher Faktor.

So entzieht die Forderung der Landwirtschaft und des einzelnen Landwirts, Teil zu haben an den Neuerungen der Technik, aber wie sie finanzieren? Dieses Problem kann die Ausstellung nur zum Teil lösen, und zwar nur die Industrien, die selbst so kapitalstark sind, daß sie auf dem Wege der langfristigen Kreditamortisation dem Landwirt helfend zur Seite stehen. Staatliche Subventionen sind in der Zeit der Krise wenig zu erreichen, so ist es die gegenseitige Selbsthilfe bei Käufer, wie auch Verkäufer, die in dem Gemeinschaftsgedanken beruhen, gegenseitig zum Ziel zu gelangen. In augenblicklicher Lage kann durch den Staat und das Reich nur dem Landwirt durch die Schulzinspolitik eine kleine Hilfe gegeben werden.

Neßlos scheint also dieses schwierige Problem nicht gelöst zu sein, aber die Anlässe, die gemacht sind und die unternommenen Versuche, deren Grundpfeiler nur das Vertrauen sein können, zeigen und zeugen von der gegenseitigen Kraft, mit der der Kampf um die Selbsterhaltung geführt wird. Immer wieder muß dieses Moment als zwingendstes Wesensmerkmal, das das ganze Bild der Ausstellung beherrscht, hervorgehoben werden. Die Hauptdistrepans ist immer in der allgemeinen Notlage, nicht in der speziellen zu sehen, letztere ist nur eine Folge.

Wenn man die frühere D.L.G.-Ausstellung in Hannover mit der heutigen in Mannheim vergleicht, so fallen einem schon die Zahlen auf, die ein Zeitcharakteristikum darstellen. Hannover hatte 70 000 Quadratmeter Ausstellungsgelände, Mannheim dagegen nur 30 000 Quadratmeter, das heißt wirtschaftlich gesehen, daß nur solche Unternehmer Aussteller sein können, die die Gewissheit haben, daß das, was sie ausstellen, Spitzenleistung, Standardware ist, denn nur dann kann ein wirtschaftlicher Erfolg sicher sein.

Aus diesem Grunde ist auch das viele Drum und Dran, das sonst einen ansehnlichen Teil und Prozentsatz einer Ausstellung einnimmt, zum Wegfall gekommen. Sachlichkeit, realistische Wirklichkeit sind die Leitsterne dieser jedem denkenden Menschen zum Erlebnis werdenden Schau.

In ihr weitestgehend nicht nur landwirtschaftliches und industrielles Unternehmertum, sondern Behörden und Organisationen öffentlich-rechtlicher und privater Natur vervollständigen das Bild der Schau. Alle sind sie von dem Streben befeuert, zu helfen, mitzuarbeiten, mit aufzubauen bei dem Zwecke unserer Volkswirtschaft, der ziffernmäßig sich am deutlichsten und wirklichsten von allen statistisch erfassen läßt. Ein Drittel

all der Dinge, die in unserem Vaterlande im Wirtschaftsleben eine Rolle spielen, hängen von unserer Landwirtschaft ab, oder aufs engste mit ihr zusammen. Darum überall und immer wieder der Grundgedanke, schütze und helfe diesem wichtigen Zweige, diesem fundamentalen Pfeiler unseres staatlichen Lebens, mach ihn wieder ertragsfähig und gliedere ihn so in das Ganze ein, daß er sich realisiert und nicht dem Untergang geweiht ist.

Die Tendenz, die eigentlich zwangsläufig sich durchsetzt, ist heute: Stärkung der Binnenwirtschaft, des Binnenmarktes. Dieser Forderung der Landwirtschaft wurde u. a. in der Erhöhung des Futterzolltarifs Rechnung getragen. Der Oberbau zu dieser Produktion, die Milchwirtschaft Deutschlands, ihre Bedeutsamkeit, ist in ihrer Jahresproduktionszahl gegeben — 4 Milliarden Reichsmark, ist in allen Hefen zum Tier — über die milchwirtschaftliche Maschinenindustrie zum Erzeugnis — auf der D.L.G.-Ausstellung gezeigt. Beachtet man noch die vielen Nebenbetriebe und Hilfsbetriebe, die sich in diesen Produktionszweigen an- und einschließen, so bekommt man erst das Gesamtbild, das einem dann den wirklichen Wert einprägt.

Der Forderung, daß die Agrarpolitik heute Sache der ganzen Nation sei, kann man sich nicht mehr verschließen. Hierin hängt ein großer Teil des sicher von jedem deutsch denkenden Volksgenossen gewinnenden Gesundungsprozesses ab.

So kann man die Bemerkungen eines großen Teiles der Aussteller sich erklären, die sich das Ziel gesetzt haben, dem Landwirt seinen Betrieb zu rationalisieren, besonders beim deutschen Landwirt ist es so klar und eindringlich zu sehen, wie die Produktionskosten immer höher und höher wurden, bei gleichbleibendem Ertrage. Dies muß der einzelne Erzeuger nun mit Mehrerträgen aus seiner gleichen Anbaufläche herausfinden. Dankenswert ist die Aufgabe, die da für den einzelnen Landwirt gelöst wird. Auf allen Teilgebieten der Landwirtschaft, die in der Ausstellung vertreten sind, sei es Erzeugnis, Tier oder Maschine, sind diese Unternehmer, ob behördlich oder privat ist gleichgültig, bestrebt, ihre Erfahrungen dem einzelnen zu übermitteln. Auch hier der Grundgedanke der Ausstellung — bei intensiver Arbeit nur Schaffung von Spitzenleistung, höchste Qualität, Standardware.

In diesem Rahmen fallen drei große Aussteller auf, es sind dies das „Haus der Düngemittelindustrie“ (Deutsche Superphosphatindustrie, das Stickstoffsyndikat und der Verein der Thomasmehlherzeuger), der „Hof des deutschen Holzes“ und die Schau „Deutscher Stahl in der Landwirtschaft“. Alle drei Schauwandler haben in klarer Weise, nach rationalem Prinzip ihre Auswahl getroffen.

Das deutsche Genossenschaftswesen, die Frage der Verflechtung in der Landwirtschaft, Anteil der Reichsbehörden, wie Reichsbahn und Reichspost an ihr und ihre Verflechtung mit dem agrarischen Markt, lassen hier auf der Ausstellung die gleiche Grundtendenz, zu helfen, aufzuklären, mitzuwirken am großen Wirtschaftskörper, klar hervortreten.

Der enge Konnex, der besteht zwischen der Landwirtschaft, dem Lebensmittelhandel und der Nahrungsmittelindustrie, hat zu einer interessanten Darstellung auf der D.L.G. geführt. Alle drei können ohne einander nicht leben, nicht bestehen und so haben sie ihrer inneren Verbundenheit durch eine gemeinsame Ausstellung Ausdruck verliehen. Die Verflechtung mit Hofhöfen durch die Landwirtschaft einerseits, die Marktkennntnisse und Wünsche des Konsums andererseits, zwingen die Kontrahenten sich gegenseitig aufeinander abzustimmen und einzupflegen. Im Ringen der in- und ausländischen Konkurrenz müssen sich, um ihre eigene Erzeugung und Produktion zu schützen, die Anteilspartner verständigen. Heute um so mehr, wo der Drang nach Autarkie nicht nur gewohnt, sondern aufzwingungen ist durch die politische Struktur der einzelnen Staaten und ihrer Eigenbestrebungen.

Soweit ich hier die Reichsschau als solche besprach — der badische Teil der Ausstellung wird in der Fortsetzung besonders behandelt —, ist der Kampf um die Selbstbehauptung am wirksamsten in der Selbsthilfe, wie sie geschildert ist, zu beobachten.

Der zweite Tag der D.L.G.-Ausstellung 25 000 Besucher

D.L.G. Mannheim, 2. Juni. Der gestrige zweite Tag der D.L.G.-Ausstellung brachte ein prächtiges Wetter, das den Ausstellungsbesuch aufs gütigste beeinflusste. Insgesamt haben am zweiten Ausstellungstag 25 000 zahlende Einzelbesucher die Tore der Ausstellung passiert. Zum Verbandstag der Raiffeisenvereine waren etwa 800 Personen gekommen, die gleichfalls die Ausstellung besuchten. Von 10 bis 13 Uhr fand die Vorführung prämiierter Tiere im großen Vorführungsring statt. Das Weiswiden in den Pferdeställen wurde von vielen ländlichen Besuchern aufgesucht. Am Nachmittag, der einen Hochbetrieb an Besuchern brachte, fanden sich zahlreiche Teilnehmer wieder beim zweiten Tag des Großen Reit- und Fahrturniers ein, das durch die eingestreuten Schaunummern sich zu einer eindrucksvollen Werbeveranstaltung für die Pferdezucht gestaltete.

*Die Ernennung des Kabinetts

Der größte Teil der Mitglieder des neuen Reichskabinetts v. Papen ist schon gestern abend vom Reichspräsidenten ernannt worden. Herr Franz v. Papen selbst wird Reichskanzler, Freiherr von Gayl Reichsminister des Innern, Generalleutnant von Schleicher Reichswehrminister, Professor Dr. Warmbold Reichswirtschaftsminister, Regierungspräsident a. D. Freiherr von Braun Ernährungsminister und gleichzeitig Ostkommissar, der Karlsruher Reichsbahndirektionspräsident Freiherr von Elz-Rübenach Reichspost- und Reichsverkehrsminister. Zum Außenminister wurde heute Mittag der Londoner Botschafter von Neurath, zum Justizminister der bisherige bayerische Justizminister Gürtner, zum Finanzminister Graf Schwerin von Krosigk ernannt, während der Posten des Reichsarbeitsministers noch nicht endgültig besetzt ist.

Der Auftrag zur Kabinettsbildung, den der Reichspräsident Herrn von Papen erteilte, soll übrigens, wie einzelne Zeitungen zu melden wissen, mit einem kurzen sachlichen Programm verbunden gewesen sein. Als die Aufgaben, die der Reichspräsident dem neuen Kabinett gestellt habe, werden in erster Linie genannt: Sanierung der Reichsfinanzen ohne neue Steuern, Aufbringung der Mittel für die Arbeitsbeschaffung auf einem gesunden, finanzpolitischen Wege, also ohne Krämianleihe, und Berücksichtigung der allgemeinen politischen Entwicklung in Deutschland.

Es ist damit zu rechnen, daß der neue Reichskanzler, Herr von Papen, schon Anfang der nächsten Woche vor den Reichstag treten wird. Zu einer regelrechten Sitzung des Parlaments wird es aber wohl nicht mehr kommen, da sich der Reichskanzler inzwischen überzeugt haben dürfte, daß eine kompakte Mehrheit gegen ihn vorhanden ist. In diesem Falle würde er, wie behauptet wird, den Reichstag sofort auflösen. Die neuen Wahlen müßten nach der Verfassung spätestens am 60. Tage nach der Auflösung stattfinden. In der Zwischenzeit würde dann das Kabinett Papen als geschäftsführendes Kabinett amtieren.

Neuwahlen des Reichstags werden bekanntlich von allerersthinsten von den Nationalsozialisten verlangt. Aber allem Anschein nach, hatte sich Gittler bereit erklärt, noch die Sommermonate hindurch zuzuwarten und das Kabinett arbeiten zu lassen, wenn das Programm sogenannter Mindestforderungen, das neulich Herr Goebbels veröffentlichte, vom Kabinett erfüllt wird. An dieser Erfüllung ist wohl nach Lage der Dinge nicht zu zweifeln.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags hatte gestern einen Beschluß gefaßt, dessen einzelne Sätze so scharf formuliert sind, daß eine Tolerierung des Kabinetts durch das Zentrum nicht mehr in Frage kam. Und die Bayerische Volkspartei hat sich in der ganzen Angelegenheit mit der Zentrumsfraktion so gut wie solidarisch erklärt. Auch die Bayerische Volkspartei lehnt das Kabinett von Papen ab und hat infolgedessen ihr Mitglied, den bisherigen Reichspostminister Schögel, aus dem Kabinett herausgezogen.

Von dem Ausgang der Reichstagsneuwahlen würde die Frage, welchen Kurs die Reichspolitik zu steuern hat, natürlich unter allen Umständen abhängen, mögen die Neuwahlen nun früher oder später stattfinden. Und ebenso würde davon die Frage einer Neubildung des Kabinetts abhängig sein. Das Kabinett von Papen ist und bleibt also ein Übergangskabinett, eine Zwischenlösung.

Wahrscheinlich sind es Erwägungen außenpolitischer Natur gewesen, welche den Reichspräsidenten eine Zwischenlösung bevorzugen ließen. Andererseits darf man nicht vergessen, daß er selbst anfänglich gewünscht hat, daß das Kabinett Brüning noch bis nach Lausanne amtieren und dann erst zurücktreten sollte. Aber darauf haben sich die Mitglieder des Kabinetts Brüning nicht eingelassen. Wenn man also nicht gogleich ein nationalsozialistisch gefärbtes Reichskabinett aufziehen wollte, dann blieb allerdings nichts anderes übrig, als die Bildung eines Übergangskabinetts. Und zu dieser Zwischenlösung hat sich Herr von Hindenburg entschlossen. Vielleicht ist das im Hinblick auf die Stimmungen im Ausland recht nützlich gewesen, aber, vom innerpolitischen Standpunkt aus gesehen, hat die Konstruktion doch entschieden manches Mißliche.

Die Reichsfinanzen im Rechnungsjahr 1931

Fehlbetrag 1690 Millionen RM.

Nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums war am Ende des Rechnungsjahres 1930 beim ordentlichen Haushalt ein Fehlbetrag von 1190 Millionen Reichsmark vorhanden, von dem im Rechnungsjahr 1931 durch die außerordentliche Schuldentilgung 420 Millionen Reichsmark abgedeckt worden sind. Das Rechnungsjahr 1931 bleibt somit mit einem Fehlbetrag aus 1930 in Höhe von 770 Millionen Reichsmark belastet, wozu ein neu entstandener Fehlbetrag von 449,1 Millionen Reichsmark tritt, der sich aus einer Mindereinnahme von 115,7 Millionen Reichsmark und einer Mehrausgabe von 333,4 Millionen Reichsmark zusammensetzt.

Beim außerordentlichen Haushalt betragen im Rechnungsjahr 1931 die Einnahmen 21,7 und die Ausgaben 178,7 Millionen Reichsmark. Die Ausgaben überstiegen also die Einnahmen um 157,0 Millionen Reichsmark. Einschließlich früherer Fehlbeträge fehlte Ende 1931 beim außerordentlichen Haushalt noch bedienung für insgesamt 470,9 Millionen Reichsmark. Da in absehbarer Zeit mit einer Anleihe, bei der dieser Betrag in Rest zu stellen gewesen wäre, in dieser Höhe nicht gerechnet werden kann, ist der gesamte Fehlbetrag des außerordentlichen Haushaltes Ende 1931 auf den ordentlichen Haushalt übernommen worden, so daß sich ein Gesamtfahrbetrag von 1690 Millionen Reichsmark für den Schluß des Rechnungsjahres 1931 ergibt, der nach den Vorschriften der Reichshaushaltsordnung im Jahre 1933 abzudecken ist, wenn nicht etwas anderes bestimmt wird.

Keine Regierungsbeteiligung der französischen Sozialisten

Die erste Sitzung der Kammer

Auf einem sozialistischen Parteitag in Paris berichtete Léon Blum über die Unterredung mit dem Führer der Radikalen, Edouard Herriot. Wenn auch eine Verständigung über einige wenige Punkte des sozialistischen Programms möglich scheint, mache sich doch hinsichtlich der meisten anderen, namentlich wegen der Herabsetzung der Militärdarlehen, tiefgehende Meinungsverschiedenheit geltend. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der festgelegt wird, daß mit der Entschließung der Radikalen die Besprechungen über die Regierungsbeteiligung der Sozialisten beendet sind.

In einem sozialistischen Manifest heißt es, die Partei habe eine lokale Anstrengung unternommen, um den durch die Wahlen zum Ausdruck gebrachten Volkswillen in die Tat umzusetzen, innerpolitisch den Widerstand der Kapitalkräfte und außenpolitisch die Bösartigkeit der Kräfte der Reaktion und des Krieges zu überwinden, falls der wirtschaftliche Zusammenbruch und der politische Umsturz von Ländern, wie Deutschland, die internationale Lage zu verschlimmern drohen. Der Parteitag habe feststellen müssen, daß die Antwort der Radikalen Partei die Einigung über die unverzüglichen Erfordernisse einer gemeinsamen Regierungsbeteiligung unmöglich mache.

Die neue Kammer ist Mittwochmittag zu ihrer ersten Sitzung zusammengetreten. Der Alterspräsident, Abg. Groussau, eröffnete die Sitzung mit einem Nachruf für den ermordeten Präsidenten der Republik, Doumer. Freitag nachmittag erfolgt die Wahl des Kammerpräsidenten.

Kurze Nachrichten

Lausanne am 16. Juni. Die französische Regierung hat wissen lassen, daß sie keine Verschiebung des Termins für die Lausanner Konferenz erstrebt. Die Konferenz soll programmäßig am 16. Juni beginnen.

Der Preussische Landtag setzte am Mittwoch die Ausschüsse des Hauses ein und führte eine Erwerbslosenrede auf Grund von kommunistischen Anträgen, die dann in die Ausschussberatung überwiesen wurden. Die Sitzung verlief vollkommen ruhig.

Die Reichsindizes für die Lebenshaltungskosten beläuft sich für den Durchschnitt des Monats Mai 1932 auf 121,1 gegenüber 121,7 im Vormonat.

Der Lohnschiedspruch für den Ruhrbergbau ist vom Becherverband abgelehnt worden; die Gewerkschaften werden ihn annehmen.

Die Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, die in den Tagen vom 10. bis 12. Juni in Frankfurt a. M. stattfinden sollte, wurde wegen der politischen Verhältnisse einseitig vertagt.

Tarifvertragliche Neuregelung im Baugewerbe. Im Baugewerbe ist die tarifvertragliche Neuregelung der Löhne durchgeführt. Von den für 83 deutsche Vertragsgebiete gefällten einzelnen Schiedsprüchen sind 27 von den Tarifparteien angenommen und 6 durch den Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden. Die letzteren betreffen die Bezirke Westdeutschland, Westfalen-Ost und Braunschweig, Rheinland, Siegerland und Götting.

Frau Elisa v. Moltke. In Ambach am Starnberger See (Oberbayern) ist die Witwe des Generalobersten v. Moltke, der zu Anfang des Krieges Chef des Generalstabes war, Elisa v. Moltke, im Alter von 74 Jahren einem Herzleiden erlegen.

Die Memelklage vor dem Haager Gerichtshof. Der Präsident des Gerichtshofes im Haag hat den Beginn der öffentlichen Hauptverhandlung in der Memelangelegenheit auf Mittwoch, den 8. Juni, vormittags, festgesetzt.

Das Prozeß gegen Becker und Meyer. Das Kommerzielles Kriegsgericht hat den Beschluß gefaßt, die Verhandlungen gegen Becker und Schultat Meyer noch vor den Gerichtsferien durchzuführen.

Bei den Zusammenstößen in Bombay zwischen Hindus und Mohammedanern wurden seit dem 14. Mai 200 Personen getötet und mehr als 2000 verletzt.

Kleine Chronik

Am Mittwochvormittag drangen in Essen etwa 20 Männer in eine Konsumantstalt ein und entwendeten Fleisch, Schinken und Würstchen. Kurz darauf zogen ein Trupp junger Burschen durch die Längelhorster Straße und plünderten dort nach einander drei Konsumantstalten. Beinahe 30 Personen wurden festgenommen.

Das Schöffengericht Berlin verurteilte den Schweizer Weinhandler Kahn wegen fortgesetzter Vergehen gegen die Verordnung über die Desinfizierung von sechs Monaten Gefängnis und 6000 RM Geldstrafe. Papiere im Werte von 320 000 RM wurden eingezogen.

Nach einer Meldung aus Toulouse ist gegenwärtig eine große gerichtliche Untersuchung gegen ein großes industrielles Unternehmen im Gange. Die Bücher der Gesellschaft wurden beschlagnahmt. Es sollen bereits zahlreiche Unregelmäßigkeiten festgestellt worden sein. Man spreche von hochstehenden Persönlichkeiten, die in die Angelegenheit verwickelt seien.

Das Reichskabinett von Papen

Ernennung durch den Reichspräsidenten

Reichspräsident v. Hindenburg hat Mittwochabend Herr v. Papen zum Reichskanzler ernannt. Gleichzeitig wurden folgende Mitglieder des Kabinetts ernannt: Frhr. v. Gahl zum Innenminister, General v. Schleicher zum Reichswehrminister, Professor Warmboldt zum Reichswirtschaftsminister, Frhr. v. Braun zum Ernährungsminister und zum Ostminister, und Frhr. v. Elz-Rübenach zum Reichspost- und Reichsverkehrsminister.

Reichskanzler von Papen hat heute Donnerstagvormittag seine Verhandlungen fortgesetzt, um das Kabinett so schnell wie möglich zu vervollständigen. Er kann bereits den Erfolg verzeichnen, daß Votschaffter von Neurath, der heute früh in Berlin eingetroffen ist, fest zugesagt hat. Ebenso hat eine Besprechung mit dem aus Paris zurückgekehrten Grafen Schwerin-Krosigk dazu geführt, daß dieser als außerordentlich tüchtig geschätzte bisherige Abteilungsleiter im Reichsfinanzministerium die Leitung dieses Ressorts übernimmt. Von dem bayerischen Justizminister Görtner liegt eine grundsätzliche Zusage für das Amt des Reichsjustizministers vor. Mit Dr. Goerdeler wird noch weiter wegen des Reichsarbeitsministeriums verhandelt. Die Besprechungen mit ihm haben sich deshalb hingezogen, weil in sie auch noch andere weitgehende Erörterungen über ein anderes Aufgabengebiet hineinspielen.

Nach einer weiteren Meldung hat der Reichspräsident Herr von Neurath zum Reichsaußenminister, Herrn Schwerin von Krosigk zum Reichsfinanzminister, den bayerischen Justizminister Dr. Görtner zum Reichsjustizminister ernannt, und ferner den Reichswirtschaftsminister Dr. Warmboldt mit der vorläufigen Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsarbeitsministers betraut.

Der Reichskanzler will nun an die sachliche Arbeit gehen. Die Vereidigung der neuen Minister erfolgt nach mittags um 5.30 Uhr. Im Anschluß daran tritt das Kabinett um 6 Uhr schon zu seiner ersten Sitzung zusammen.

Dienstag Reichstagsauflösung?

Was das Verhältnis zum Reichstag anlangt, so wird jetzt angenommen, daß der Reichskanzler voraussichtlich am Dienstag im Anschluß an die Regierungserklärung das Auflösungsdekret verliest. Diese Entscheidung ist nach Auffassung unterrichteter Kreise durch die Haltung von Zentrum und Bayerischer Volkspartei zwangsläufig.

Papen und Luther

DDZ. Berlin, 2. Juni. (Tel.) Reichskanzler von Papen wird, wie wir erfahren, heute nachmittag eine Unterredung mit dem Reichsbankpräsidenten Luther haben. Bei dieser Gelegenheit soll die an sich bereits bestehende Übereinstimmung zwischen der neuen Reichsregierung und der Reichsbank darüber konstatiert werden, daß auch unter der neuen Regierung die deutsche Währung in keiner Weise gefährdet werden wird.

Reichskanzler von Papen an das Zentrum

WB. Berlin, 2. Juni. (Tel.) Reichskanzler von Papen hat an den Vorsitzenden der Deutschen Zentrumspartei, Prälat Dr. Kaas, einen Brief gerichtet, in dem es heißt:

„In einer der schicksalvollsten Stunden deutscher Geschichte hat mich der Herr Reichspräsident berufen, die neue Regierung zu bilden. Nicht als Parteimann, sondern als Deutscher bin ich — gewiß nicht leichten Herzens — dem Rufe des Mannes gefolgt, dem die Nation soeben einen überwältigenden Beweis ihres Vertrauens erteilt hat und dessen wahrhaft historische Persönlichkeit nie etwas anderes erstrebte als die Zusammenfassung aller Kräfte zum Wohle des Landes. Ein solcher Schritt kann nicht in Widerspruch stehen zu der unermüdbaren, planvollen und sachlichen Arbeit des Kanzlers Dr. Brüning. Auch die Deutsche Zentrumspartei und der in ihr politisch organisierte Katholizismus werden sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß das neue Deutschland nur auf der Grundlage der Kräfte aufgebaut werden kann, die die geistige Wende unserer Tage zur Hoffnung der jungen Generation gemacht hat. Wenn mich infolge der Erklärung der Deutschen Zentrumspartei der Weg heute leider von Ihnen trennt, so lebe ich der Hoffnung, daß nicht nur die sachliche Arbeit uns bald wieder vereinigen wird.“

Freiherr von Elz-Rübenach-Karlsruhe

Reichspost- und Reichsverkehrsminister

Reichsminister Freiherr v. Elz-Rübenach, der bis jetzt das Reichsbahndirektionspräsidium in Karlsruhe inne hatte, wurde am 9. Februar 1875 geboren. Nach dem Besuch des Gymnasiums studierte er Maschinenbau und arbeitete dann ein Jahr praktisch in den Eisenbahnerkassen des Direktionsbezirks Köln. Von 1911 bis 1914 war er als technischer Sachverständiger beim Generalkonsulat in New York tätig, arbeitete von 1914 bis 1916 bei den Eisenbahninformationen des westlichen Kriegsschauplatzes und hielt sich 1916 bis 1917 im Balkan zwecks Reorganisation der bulgarischen Eisenbahnen auf. Später wurde er dem Feldbahnenbau im großen Hauptquartier zugewiesen. Nach dem Kriege war er zunächst im Reichsverkehrsministerium tätig, bis er im Juni 1924 zum Präsidenten der Reichsbahndirektion Karlsruhe ernannt wurde.

In diesem Zusammenhang wird gemeldet, daß Freiherr von Elz-Rübenach, nicht, wie schon behauptet worden ist, der NSDAP nahesteht, sondern eher dem Zentrum. Es handelt sich hier offenbar um eine Verwechslung mit seinem Bruder, der als Abgeordneter der NSDAP dem neuen Preussischen Landtag angehört.

NSDAP. und Kabinettsbildung

WB. München, 2. Juni. (Priv.-Tel.) Die Nationalsozialistische Parteiführung teilt mit: Allen bisherigen Meldungen über den Inhalt der Unterredung unseres Führers Adolf Hitler mit dem Herrn Reichspräsidenten, die angeblich von nationalsozialistischer Seite kommen sollen, steht die NSDAP fern. Ihre grundsätzliche Auffassung über die Lage nach dem Sturz des Kabinetts Brüning ist bekannt und in der Nationalsozialistischen Parteiführung dahin zum Ausdruck gebracht worden, daß ein Kabinett des besonderen Vertrauens vorerst die Aufgabe zu lösen habe, den Reichstag nach Hause zu schicken, Neuwahlen auszusprechen, die Organisationspropaganda- und Demonstrationen für die bisher so maßlos unterdrückte nationalsozialistische Bewegung wiederherzustellen und durch den Appell an die Nation Übereinstimmung zu schaffen zwischen dem Willen des Volkes und seiner parlamentarischen Vertretung.

Die Lösung einer solchen ebenso notwendigen wie staatspolitisch bedeutsamen Aufgabe als Voraussetzung einer grundlegenden wirtschaftlichen und politischen Neugestaltung würde durchaus auf der Linie der großen Zielsetzung liegen, die die nationalsozialistische Freiheitsbewegung dem deutschen Volke gegeben hat und die sie auf dem schnellsten Wege durchzuführen entschlossen ist. Die Veröffentlichung der Stellungnahme der Partei zum neuen Kabinett und seinen Maßnahmen wird zur gegebenen Zeit erfolgen.

Hoersch bei Herriot

WB. Paris, 2. Juni. (Tel.) Der deutsche Votschaffter v. Hoersch hatte gestern eine Unterredung mit dem künftigen Ministerpräsidenten Herriot, in der die deutsche Regierungsbildung und die Fragen der Lausanner Konferenz erörtert wurden.

„Petit Parisien“ ist der Ansicht, diese Demarche habe zweifellos einen doppelten Zweck gehabt. Einmal sollte der künftige französische Ministerpräsident und Außenminister von der Bildung des Kabinetts von Papen offiziell in Kenntnis gesetzt werden, und dann galt es zu versuchen, in einem gewissen Maße die Beunruhigung zu zerstreuen, die die neue Kombination, ihr außerparlamentarischer Charakter und ihre starke Rechtsorientierung in den französischen politischen Kreisen und besonders in den linksgerichteten Kreisen hervorgerufen hätten. Man habe allen Anlaß zu der Annahme, daß im Verlaufe der Besprechungen die Fragen der Lausanner Konferenz und die Haltung, die der Vertreter der neuen deutschen Regierung dort bezüglich der Reparationen einnehmen könnte, gleichfalls angeschnitten wurden.

Weltwirtschaftskonferenz noch nicht ganz sprechbereit

Amerikas Rolle

WB. London, 2. Juni. (Tel.) „Times“ zufolge hatte Sir John Simon erste Besprechungen mit dem französischen und italienischen Votschaffter; er erörterte mit ihnen die Notwendigkeit der Abhaltung einer Weltwirtschaftskonferenz und verarbeitete ihnen, daß die Dinge noch nicht soweit gediehen seien, wie eine am Dienstag in Washington veröffentlichte Mitteilung andeuten schien. Auf dem transatlantischen Telefon sei die Möglichkeit einer Teilnahme Amerikas an einer solchen Konferenz besprochen worden, aber formelle Einladungen seien nicht ergangen, und die Ablehnung solcher Einladungen werde auch schwerlich erfolgen. Zuerst sei es notwendig gewesen, die Ansicht der USA. festzustellen; aber es werde keine Einladung ergehen, bevor man mit den anderen Mächten Fühlung genommen habe.

„Daily Telegraph“ hebt hervor, daß Amerika zum ersten Male seit 1929 die Meinung zeige, anzuerkennen, daß das Problem der Warenpreise durch internationale Aktion behandelt werden muß. — Der „Times“-Korrespondent in Washington weist darauf hin, daß in der Mitteilung des Staatsdepartements nicht gesagt worden sei, die Frage der Zolltarife dürfe nicht erörtert werden. Man sei der Ansicht, daß die Weltwirtschaftskonferenz frühestens im August d. J. nach Lausanne und Ottawa stattfinden könne.

Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz in Genf wird voraussichtlich gegen den 10. Juni zusammenzutreten.

Der Österreichische Nationalrat lehnte am Dienstag ein sozialdemokratisches Mißtrauensvotum gegen die neue Regierung mit 82 gegen 69 Stimmen ab.

Durch ein französisch-amerikanisches Abkommen ist für die amerikanische Einfuhr nach Frankreich die Weißbegünstigungsklausel an Stelle der bisherigen Kontingentierung vereinbart worden.

Die belgische Kammer sprach mit 101 gegen 73 Stimmen der Regierung das Vertrauen aus.

Der frühere griechische Diktator, General Pangalos, ist nach Korfu verbannt worden.

Nichttritt der rumänischen Regierung. Ministerpräsident Jorga erklärte, daß die Regierung demissionierte. Mit der Neubildung des Kabinetts soll der rumänische Gesandte in London, Titulescu, betraut werden.

Amerika und die Weltwirtschaftskonferenz. Präsident Hoover hat Votschaffter Mellon angewiesen, dem britischen Plan der Einberufung einer Weltwirtschaftskonferenz unter der Bedingung zuzustimmen, daß sie sich nicht mit der Kriegsschulden- und der Reparationsfrage beschäftigen.

Badischer Teil

Der Etat des Ministeriums des Innern vor dem Landtag

DDZ. Karlsruhe, 1. Juni.

27. Sitzung.

Präsident Duffner ist noch immer krank gemeldet. Für ihn eröffnet der I. Vizepräsident Reinbold am halb 4 Uhr die Sitzung mit der Bekanntgabe zahlreicher Neueingänge.

Nach Erledigung kurzer Anfragen wendet sich die Beratung dem

Voranschlag des Ministeriums des Innern

Abg. Heid (Soz.) hat einen ausführlichen schriftlichen Bericht ausgearbeitet, den er durch einige mündliche Ausführungen ergänt.

Über die Kapitel Landwirtschaft und Ernährung berichtet Abg. Schill (Zentr.), während Abg. Dr. Baehlin (Staatsp.) über Anträge des Zentrums, betr. Maßnahmen für Volk und Wirtschaft, und betr. Schutz der Wirtschaft, Bericht erstattet. Der Antrag des Haushaltsausschusses lautet auf teilweise Zustimmung. Im übrigen seien die Zentrumsanträge durch die Maßnahmen der Regierung für erledigt zu erklären.

Zur Siedlungspolitik

wird beantragt: „Es ist bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß die Siedlungsmassnahmen sich nicht nur auf Neusiedlungen beschränken, sondern daß auch die Abheim-Siedlungen durch Unterstützung lebensfähiger landwirtschaftlicher Betriebe besonders gefördert werden.“

Gefordert wird ferner Förderung der Viehexporte, angemessene Befriedigung des Kreditbedürfnisses der Landwirtschaft und des Mittelstandes, insbesondere auch der Genossenschaften, Umfassung der Landwirtschaft durch die Grünernahrung, Verringerung der überhöhten Handelspreise zwischen Erzeuger und Verbraucherpreisen, namentlich bei Schlachtvieh und Obst, endlich Auffklärung der Bevölkerung über die Bedeutung der Bedeutung des Verbrauches einheimischer Erzeugnisse.

Abg. Dr. Kaufmann (Zentr.) berichtet über den sozialdemokratischen Antrag betr. Maßnahmen zur

Einderung der Not des Kleinwohnungs-Neubausbesitzes und des Althausbesitzes.

Bei unveränderten in Gefahr geratenen Neubausbesitzern soll die Zwangsverwaltung mit dem Ziel angeordnet werden können, dem Besitzer das Eigentum zu erhalten. Die Regierung soll prüfen, ob die Wohnungsverbände und verbandsfreie Gemeinden zu einer Gefahrengemeinschaft zusammengeschlossen und ob unter Aufrechterhaltung einer Tilgungsquote von mindestens 2 Prozent die Zinslast ermäßigt werden können, um die Neubausbesitzer zu senken.

Der Haushaltsausschuß empfiehlt die Annahme obiger Anträge.

Vizepräsident Reinhold teilt den Eingang von Anträgen der Deutschen Nationalen über Luftschutz und Aufhebung der Sonntagsruhe am Verfassungstage mit.

In der Aussprache

berichtet Abg. Dr. Kaufmann den Standpunkt des Zentrums. Es habe sich als unmöglich erwiesen, zur Wohnungsfürsorge wesentliche Abänderungsvorschläge zu machen. Der Vorschlag des Innenministeriums zeige eine starke Reduzierung der Ausgaben. Das Zentrum steht — so fährt der Redner fort — nach wie vor auf dem Boden des

Föderalcharakters des Reiches.

Eine Verwaltungsreform solle nicht vernachlässigt werden, doch sei vor übertriebenen Hoffnungen in bezug auf finanzielle Ersparnisse aus einer Änderung im Aufbau des Reiches zu warnen. Einem weiteren Abbau von Bezirksämtern sehe das Zentrum skeptisch gegenüber, ebenso der Zusammenlegung von Grundbuchämtern usw. Am ehesten sei noch an eine Aufhebung der Institution der Landeskommissare zu denken. Dadurch könne das Ansehen der Bezirksverwaltung gehoben werden. Die Einführung von Amtskörpern sei entschieden abzulehnen. Jedes Staatswesen werde einer verfassungstreuen Polizei bedürfen. Man müsse einmal an eine bessere Regelung der Besoldung der badischen Polizei denken. Die Kürzung der Zuschüsse an die Kreise sei im Hinblick auf die Erfordernisse des Straßenbaus leicht zu bewahren. Der Redner beschäftigt sich dann mit der überaus schwierigen

finanziellen Lage der Gemeinden.

Er verweist auf den katastrophalen Rückgang der Überweisungs- und Realsteuern und auf den ungeheuer gestiegenen Aufwand für die Volkshilfsarbeiten. Die Lage sei in vielen Gemeinden eine ganz unzulässige geworden. Darum müsse man beklagen, daß der Landeshaushalt für die gehobene Fürsorge nochmals gekürzt wurde. Nichts wäre verfehlter, als wenn sich Staat und Gemeinden befehdeten würden. Jetzt müsse man handeln und durch die Tat zur Sanierung der Gemeindefinanzen schreiten. Geholfen könnte werden durch einen Umbau der Arbeitslosenversicherung und dadurch, daß man den Gemeinden die völlige Freiheit, vor allem in steuerlicher Beziehung, wieder gibt. Die Zentrumsfraktion werde dem Etat nach den Ausschlußbeschlüssen zustimmen.

Auf die förmliche Anfrage des Zentrums, betr. den

Schutz des Freiburger Mittelstandes,

antwortet Ministerialrat Keller mit dem Hinweis auf die gesetzlichen Vorschriften über die Zulassung von Einheitspreisgeschäften, die bekanntlich zur Schließung der Filialen der U.S.A.G. in Freiburg führten. Die Firma hat beim Verwaltungsgerichtshof Klage erhoben.

Abg. Graf (Zentr.) behandelt im speziellen das Gebiet der Wohnungsfürsorge und unterstreicht dessen eminente volkswirtschaftliche und sozialpolitische Bedeutung. Der Neubausbesitz habe ein Anrecht auf Hilfe des Reiches und der Länder, und zwar recht bald.

Abg. Berggass (Ev. Bd.) betont die Notwendigkeit einer zuverlässigen Polizei gerade in dem vom Militär entblöhten Grenzlande Baden. Der Bauernstand sei eine der wichtigsten Säulen eines gesunden Staates. Man müsse der deutschen Landwirtschaft mit einer gerechten Wirtschaft-, Zoll- und Steuerpolitik zu Hilfe kommen. Die Stände gegeneinander aufzuheben sei angesichts der Schiffsaloberbundenheit aller Volksteile ein Verbrechen. Ohne die Wiederherstellung der Rentabilität der bäuerlichen Betriebe werde die deutsche Wirtschaft nicht gefunden. Das Ziel müsse sein die Ernährung des deutschen Volkes auf eigener Scholle. Eine weitere wichtige Aufgabe sieht der Redner in der tatkräftigen Förderung der Binnenfiedlung und des freiwilligen Arbeitsdienstes.

Um 7.45 Uhr wird die Sitzung abgebrochen. — Donnerstag vorm. 8 Uhr Fortsetzung der Aussprache.

28. Sitzung.

D. S. Karlsruhe, 2. Juni.

Vizepräsident Reinhold eröffnet um 8 Uhr die Sitzung. Zur Beratung steht der

Voranschlag des Ministeriums des Innern.

Abg. Dr. Waelbin (Staatsp.) berichtet zunächst über den sozialdemokratischen Antrag, die Regierung zu ersuchen, dem Landtag eine Vorlage zu machen, die die Beteiligung von Erwerbslosen- und Wohlfahrtsunterstützungsempfängern an der Weist- und Siedlung ermöglicht.

Der Ausschuß empfiehlt die Annahme. Darauf wird die Aussprache fortgesetzt.

Minister des Innern Maier

leitet seine Rede mit dem Hinweis ein, daß am Etat starke Einschränkungen vorgenommen werden mußten. Der Zuschußbedarf für die Innenverwaltung, der 1930/31 noch 25,5 Millionen betrug, hat sich um rund 7 Millionen auf 18,5 Millionen Reichsmark vermindert. Die Besoldungsfürsorge machen 3,5 Millionen aus, die folgerichtig des Spargutachtens hin in weitgehendem Maße gezogen worden.

Der Minister schildert dann das unerschöpfliche Bild der deutschen und der Weltwirtschaftslage.

Schlimm würde sich für Deutschland die Abwertung des Auslandes gegen die deutsche Einfuhr aus. Das zeige sich deutlich am Beschäftigungsgrad der Forstheimer Schmutzwarenindustrie und an der trostlosen Lage der Holz- und Waldwirtschaft. Die Regierung ist bemüht, vom Reich Mittel zu erhalten, um der Landwirtschaft aufzuhelfen. Völlig darnieder liegt das Baugewerbe. Am widerstandsfähigsten hat sich noch das Nahrungsmittelgewerbe erwiesen. Wir müßten neue Wege für unsere Ausfuhr suchen und dürften in geeigneten Fällen auch vor Abwehrmaßnahmen gegen ausländische Erzeugnisse nicht zurückweichen. Darüber hinaus gilt es, den Binnenmarkt zu stärken. Von den Großbanken müsse verlangt werden, daß sie die ihnen zur Sanierung überlassenen Mittel auch zur Kreditgewährung an die Landwirtschaft verwenden.

Die finanzielle Lage der Gemeinden

bedeutet eine große Last. Die Gemeinden dürften aber nicht verzeihen, daß das Land in den letzten Jahren Millionenbeträge für sie aufgewendet hat. Hilfe kann nur vom Reich kommen durch eine Begrenzung der Wohlfahrtskosten und energische Durchführung der Umschuldung. Die allgemeine Überarbeitung der Gemeindeordnung kann unter den derzeitigen Verhältnissen nicht in Angriff genommen werden. Einer Änderung bedarf das Gemeinbewahrecht noch vor den nächsten Gemeinewahlen.

Aber die Sparten bemerke der Minister, daß seit der Inflation kein Sparner Pfennig verloren habe. — Was die Ausführung des Art. 1 der Haushaltsnotverordnung

(Landtagswahlgesetz)

anlangt, so beabsichtigt das Staatsministerium, von der ihm erteilten Ermächtigung zur Erlassung der Vollzugsverordnung keinen Gebrauch zu machen, vielmehr dem Landtag ein Gesetz vorzulegen, wobei zu prüfen sein wird, ob noch weitere Änderungen des Landtagswahlrechts zweckmäßig sind. Eine grundlegende Änderung dürfte sich hinsichtlich der Vorschriften über die Volksabstimmung empfehlen, schon im Hinblick auf den großen Kostenaufwand.

Der Minister bespricht dann die einzelnen Etatkapitel.

Die Badeanstalten

sollen sich künftig selbst tragen. Für die Übergangszeit sind freilich noch Staatszuschüsse notwendig. Auch eine Änderung in der Organisation der Kurverwaltungen, vor allem in Baden-Baden, ist erwünscht, und es liegt im Interesse der Badeanstalten, diese Fragen mit dem notwendigen sachlichen Ernst ohne jede vorgesehene Meinung heranzutreten. Ohne Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse werden auch die Kurorte aus ihrer finanziellen Bedrängnis nicht herauskommen.

Polizei und Gendarmerie

seien in den letzten Monaten in einer Weise beansprucht worden, die auf die Dauer nicht tragbar sei. Die ihnen für ihre Pflichterfüllung und Treue zu Staat und Verfassung gezollte Anerkennung könne er (der Minister) rückhaltlos unterzeichnen. Ein hohes Maß von Anforderungen stellten die heutigen Verhältnisse den Gemeinbewahrsbeamten, die sich ihrer Aufgabe voll gewachsen gezeigt hätten.

Das Tarifrecht

müsse in seinen Kerngedanken erhalten werden. Eine Rückkehr zu früheren Verhältnissen wäre mit schweren Erschütterungen verbunden. Die Bedenken gegen die Arbeitszeitverkürzung seien nicht so groß, als daß man damit nicht einen Versuch machen sollte. Das schwierigste Problem bleibe nach wie vor die Frage des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit. Die Regierung werde nach Maßgabe der begrenzten finanziellen Kraft des Landes nichts veräumen, um Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen.

Auf das soziale Versicherungswesen übergehend, macht der Minister die Feststellung, daß sich unsere Sozialpolitik bewährt habe. Der Minister verbreitet sich weiter über das wichtige Gebiet der Wohnungsfürsorge und die hierfür in Aussicht genommenen Maßnahmen.

Der Minister schließt mit Dankesworten an seine Mitarbeiter und Beamten, einschließlich der Polizei und Gendarmerie.

Abg. Marsloff (Soz.) ist der Meinung, daß der staatliche Verwaltungsapparat nicht darunter leiden würde, wenn die Landeskommissare aufgehoben würden. Die Oberverwaltungsämter sollen beibehalten werden. Daß man die Besoldungsverhältnisse der Polizei etwas herausgehoben hat, sei angesichts des schweren Dienstes ganz richtig gewesen. Die Aufhebung der Kreise würde keine besonderen Schwierigkeiten machen. Es bleibe nur die Frage der Aufgabenverteilung an das Land und die Bezirksämter.

Der Redner bedauert, daß der Maßnahmen für die gehobene Fürsorge im Etat nicht weiter geteilt werden kann. Es geht nicht an, den Luftverkehr dauernd mit Subventionen zu unterstützen. Es sei angebracht, die abgetriebenen 20 000 RM. der Fürsorge zuzuwenden. Dem Neubausbesitz müsse geholfen werden. Im Wohnungsbau gebe es noch sehr viel zu tun. Werde nicht mehr gebaut, dann sei eine künstliche Erhöhung der Mieten auch der Altimohnungen zu befürchten. Das Reich müsse Mittel für den Wohnungsbau soweit wie möglich flüssig machen.

Abg. Ulrich (Zentr.) macht Ausführungen zu Kapitel 10: Badeanstalten. Er vertritt die besonderen Interessen Baden-Badens, ausgehend von einem kurzen historischen Rückblick über die Entwicklung des Bäderbetriebs und die zwischen Staat und Stadt erfolgten Auseinandersetzungen. Baden-Baden habe bedeutende Opfer gebracht. Es müsse tüchtige Aufgaben erfüllen und sei an einem starken Fremdenzustrom interessiert. Unter diesem Gesichtspunkt sei sein Charakter als Kurort zu betrachten. Der Staat als Besitzer der Heilquellen habe die Pflicht, für die Erhaltung der Badeanstalten zu sorgen. Das sei auch vom Staat anerkannt worden. Staat und Stadt müßten zusammenarbeiten, und es sei nur zu wünschen, daß die Arbeit des Interkommunales zu einem gezielten Ziele kommt, daß der Ausschuß zu einem Verwaltungsentscheidungs wird, der alle Fragen des Bäderbetriebs zu betreffen hat. Die Frage der Anstellung eines staatlichen Bäderarztes sollte im Benehmen mit der Badener Ärzteschaft geregelt werden. Bedauerlich sei, daß das Reich der Errichtung einer Spielbank so große Hemmnisse entgegenstellt. Die Fremdenindustrie sei für Baden-Baden der wichtigste Faktor.

Abg. Wagner (Natzos.) führt aus, die sachlichen Sparmaßnahmen gingen da und dort zu weit; dagegen befriedigten keineswegs die Sparmaßnahmen auf dem Gebiete des persönlichen Aufwands. Namentlich die Ministergehälter müßten gekürzt werden. Erheblich gespart könnte werden durch Inangriffnahme der Verwaltungsreform und Vereinfachung der Selbstverwaltung. Der Redner kommt dann auf die Stellung der NSDAP. zum Staat zu sprechen. Sie lehne den Staat an sich nicht ab, bekämpfe aber die heutige Politik und das heutige System des Staates. Es sei zuzugeben, daß es in der NSDAP. früher Männer gegeben hat, die glaubten, auf dem Wege der Illegalität vorgehen zu können. Adolf Hitler sei es gelungen, diese Männer zu einer anderen Anschauung zu erziehen. Dem Staatspräsidenten sei der Beweis der Illegalität aus den Zielen der NSDAP. heraus nicht gelungen.

Nach diesen allgemeinen Darlegungen wendet sich der Redner den „Polizeimeethoden“ des Innenministeriums zu. Er kommt zunächst auf die Vorgänge auf Schloß Rothenberg zu sprechen. Es habe sich dabei um eine harmlose Veranstaltung gehandelt. Dennoch habe die Polizei einen Feldzugsplan gegen Schloß Rothenberg unternommen, den der Redner als gabelstielig bezeichnet. — Die Zahl der Redebeiträge übersteige gegenwärtig alles bisher Dagewesene. Unter den selbstsamten Begründungen habe man Versammlungen verboten. Durch Verbot von Aufmärschen, Auflösung von Versammlungen, Hausdurchsuchungen und Zeitungsverbote führe man zu Unrecht einen systematischen Kampf gegen die NSDAP.

Der Redner vertritt die Auffassung, daß das Reichsbanner für gewisse Fälle als Hilfstuppe der Sicherheitspolizei auszuweisen sei.

Minister Maier

führt aus: Es gehört Mut dazu, wenn eine Partei, die das ganze Jahr hindurch Ungeheuerlichkeiten begeht, dem Minister vorwirft, er sei anklagewürdig. Der Abg. Wagner hat in unerhörtem Maße die Dinge aufgebauscht und Dinge behauptet, die gar nicht richtig sind. (Zurufe der Nationalsozialisten.) Sie können den Nachweis nicht erbringen, daß ich irgendwie parteiisch gegen die NSDAP. gehandelt hätte. (Widerpruch der Nationalsozialisten.)

Im Falle Rothenberg ist mir von einem Gegenstand zwischen Landespolizeiamt und Ministerium, speziell Ministerialrat Dr. Bard, nichts bekannt. Der Minister fährt zu den Nationalsozialisten gewendet, fort: „Sie haben Ihr Material zum Teil von Lumpen und unheimlichen Menschen, unheimlich wie es sich im Falle Dr. Köhr gezeigt hat. Was wir auf Schloß Rothenberg voranden, war mir als Polizeiminister ausstreichend.“ (Während der diesbezüglichen Ausführungen des Ministers herrscht im Hause zeitweise große Unruhe, ebenso als er auf die Redebeiträge usw. zu sprechen kommt.)

Bei der Schlageterfeier in Schönau habe sich der Redner nicht an die Abmachungen gehalten. Von den zahlreichen Zeitungsverboten gegen die NSDAP.-Presse sei nur eines in Heidelberg durch das Reichsgericht aufgehoben worden. Auch habe man nur eine Abfözung („Führer“) erlebt. Unrichtig sei, daß jemals die Absicht bestanden habe, das Reichsbanner oder sonst eine Formation gegebenenfalls als Hilfstuppe der Polizei einzusetzen.

Der Minister trägt zum Schluß Material vor, aus dem er folgert, daß die NSDAP. einen Spießdienst unterhält.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Schmidt-Bretten (Nat.-Soz.) wird die Sitzung gegen 13 Uhr abgebrochen.

Fortsetzung der Aussprache um 17 Uhr.

Der Arbeitsplan des Landtags

Nach den Beschlüssen des Vertrauensmännerausschusses sollen die Arbeiten bis zum Tagungsstich des Landtags nach folgendem Plan erledigt werden: In der laufenden Woche Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern; die kommende soll neben der Beratung dieses Ministeriums die Erledigung des Finanzministeriums bringen. Wird dann noch eine Tagung nötig, so soll diese in die dritte Juniwoche gelegt und dann spätestens am 24. Juni die gegenwärtige Session bis zum Herbst geschlossen werden. Am diesen Termin einhalten zu können, wurden die Fraktionen aufgefordert, etwaige Anträge oder Anfragen nicht über den 10. Juni hinaus vorzulegen.

Bürgermeisterwahl. In Sindelsheim (Amt Adelsheim) wurde Gemeinderat Hambrecht mit 105 von 159 abgegebenen Stimmen (schwache Wahlbeteiligung) gewählt.

Für den Bürgermeisterposten Engen hat sich eine große Anzahl Bewerber gemeldet. An aussichtsreicher Stelle soll Bürgermeister Dr. Jädle in Zimmendingen stehen.

Gemeinden ohne Wohnungsnot. In den Gemeinden Brühl, Neulussheim, Reilingen und Radenburg gelten die Bestimmungen des Wohnungsmangelgesetzes ab 1. Juli nicht mehr, da genügend Wohnungen vorhanden sind.

Aus der Landeshauptstadt

Zum Rektor der Technischen Hochschule Karlsruhe für das Studienjahr 1932/33 ist vom Großen Rat der Technischen Hochschule der bisherige Rektor, ordentlicher Professor der Deutschen Literaturgeschichte, Dr. Karl Hell, wiedergewählt worden. Die Wiederwahl darf als Beweis besonderen Vertrauens und als Anerkennung der im Interesse der Hochschule während des laufenden Rektoratsjahres geleisteten Dienste angesehen werden.

Ein verzögerter politischer Prozeß. Am Mittwochvormittag sollte vor dem Karlsruher Schöffengericht unter dem Vorsitz des Amtspräsidenten Dr. Weiß, die Verhandlung gegen den nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Professor Herbert Kraft aus Mannheim wegen Körperverletzung und öffentlicher Beleidigung stattfinden. Gegenstand der Verhandlung bilden die Vorgänge, die sich am 16. und 17. Februar dieses Jahres im Landtag abspielten. Zwischen dem Zentrumsabgeordneten Hilbert und dem Abgeordneten Kraft war es damals zu scharfen Auseinandersetzungen gekommen, die in Tätlichkeiten ausarteten. Die heutige Verhandlung mußte wegen Erkrankung des Angeklagten Kraft auf unbestimmte Zeit vertagt werden.

Wegen zahlreicher Kreditbetrügereien standen am Mittwoch der 47jährige Kaufmann Franz Bürkle aus Neustadt und der 33jährige Kaufmann Franz Popp aus Heidelberg vor dem Schöffengericht Karlsruhe. Die beiden erheblich vorbestraften Angeklagten haben verschiedene Geldgeber in schamloser Weise um rund 10 000 RM. geschädigt. Bürkle erhielt wegen wiederholten Betruges im Rückfall drei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust, Popp wegen Betruges im Rückfall, Urkundenfälschung und Diebstahls ein Jahr Gefängnis.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus. In Fortsetzung der Goethe-Festspielwoche folgt diesmal in Fassung der Film „Goethes Frühlingstraum“ (Die Jugendgeliebte). Man könnte versucht sein, dahinter etwas Sentimentales zu vermuten; dem ist aber nicht so. Der Film vermerkt allen Kritikern. Das Leben und Treiben der damaligen Strahburger Studenten ist wiedergegeben. Elga Wint als Friederike und Hans Stüwe als Goethe machen die Handlung zu einem Erlebnis. — Der Verfilm führt uns in die Hochwälder Kanadas, in das Reich des Königs „Eich“. Dieses Tier wird auch dort schon in besonders geschützten Wäldern betreut, um es vor dem Aussterben zu schützen. — Die Deutlich-Wochenschau vermittelt die neuesten Nachrichten im Bild.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe vom Donnerstagmorgen: Eine Zyklone, die seit einigen Tagen vor der europäischen Westküste lag, hat sich jetzt mit südöstlichem Kurs in Bewegung gesetzt und wandert zunächst verläßt dem Mittelmeer. Sie wird aber dort infolge Zufuhr subtropischer Luft neue Energie erhalten. Für unsere Witterung ergibt sich daraus die Folgerung, daß wir auch weiterhin im Bereiche der aus Norden heranziehenden Polarluft verbleiben werden und Erwärmung nur zeitweilig in Aufheiterungsgebieten zu erwarten haben. Im übrigen wird die Witterung unbeständig bleiben, weshalb auch die heute und gestern in Nordbaden eingetretene Aufheiterung nur vorübergehenden Charakter besitzen wird. Voraussage: Unbeständig, zeitweise Gemitterregen, Temperaturen wenig verändert.

Wasserstände: Waldshut 331 minus 8, Basel 186 minus 9, Schutterinsel 208 minus 12, Rheinweiler 34 minus 10, Rehl 346 minus 7, Raxau 526 minus 18, Mannheim 430 minus 8, Caub über 200 Zentimeter.

E. Büchle Spezialhaus für **Bilder u. Einrahmungen** Gute Ausführung bei billigt. Berechnung Große Auswahl
Inh. W. Bertsch. Ludwigsplatz Ecke Erbprinzenstr. Bitte besichtigen Sie meine 5 Schaufenster.

Kurze Nachrichten aus Baden

Oskar Daubmann auf dem Wege der Besserung
Oskar Daubmann hat sich inzwischen etwas gebessert. Langsam erholt sich Daubmann von den feilschen und körperlichen Anstrengungen der letzten Zeit.

Rogberg (Baden), 30. Mai. Kurz nach Ostern war die baufällige alte evangelische Kirche in Rogberg (bei Vorberg) abgerissen worden und am vergangenen Sonntag, 29. Mai 1932, fand die Grundsteinlegung zu einer neuen Kirche statt.

bl. Rehl a. Rh., 2. Juni. Wie aus Offenburg berichtet wird, ist dort am Waldrand ein französischer Ballon aufgefunden worden. Bei einem Fliegerheimangriff mehrerer Kampfflugzeuge über dem Straßburger Kolhon auf einen dort in etwa 400 Meter stehenden Fesselballon stieß eines der Flugzeuge an das den Fesselballon haltende Drahtseil.

DB. Schluchsee, 31. Mai. Die Arbeiten am Schluchsee sehen für die nächste Zeit Wegebauarbeiten, sowie Verstärkungs- und Mollierungsarbeiten am Bahndamm vor.

bl. Markdorf (Wodensee), 1. Juni. Der Ehrenbürger der Stadt Kaufmann Ernst Thoma, Inhaber der Eisenwarenhandlung Thoma, ist im 74. Lebensjahr gestorben.

Die Kreisversammlung Offenburg hat den Voranschlag, dessen Ergebnisse für kurze Zeit mitgeteilt wurden, gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und der Wirtschaftspartei, angenommen.

Der Kreisrat Freiburg hat dem Stadttheater Freiburg für das Jahr 1931 nachträglich einen Betrag von 6000 M überwiesen.

Die unentgeltliche, öffentliche Impfung der Erstimpflinge der Stadt Karlsruhe einschließlich der Stadtteile Mühlburg, Daxlanden, Grünwinkel, Weierheim, Bulach, Rintheim und Müppurr wird an den nachgenannten Tagen vorgenommen:

- Impfung am Donnerstag, den 9. Juni 1932, nachm. 4.30 Uhr, Hardtschule (Mühlburg);
Impfung am Freitag, den 10. Juni 1932, nachm. 4.30 Uhr, Hardtschule (Mühlburg);
Nachschau am Donnerstag, den 16. Juni 1932, vorm. 10 Uhr, Hardtschule (Mühlburg);
Nachschau am Freitag, den 17. Juni 1932, vorm. 10 Uhr, Hardtschule (Mühlburg);
Impfung am Montag, den 13. Juni 1932, nachm. 4.30 Uhr, Gartenschule;
Impfung am Dienstag, den 14. Juni 1932, nachm. 4.30 Uhr, Gartenschule;
Impfung am Mittwoch, den 15. Juni 1932, nachm. 4.30 Uhr, Gartenschule;
Impfung am Donnerstag, den 16. Juni 1932, nachm. 4.30 Uhr, Gartenschule;
Impfung am Freitag, den 17. Juni 1932, nachm. 4.30 Uhr, Gartenschule;
Nachschau am Montag, den 20. Juni 1932, nachm. 4.30 Uhr, Gartenschule;
Nachschau am Dienstag, den 21. Juni 1932, nachm. 4.30 Uhr, Gartenschule;
Nachschau am Mittwoch, den 22. Juni 1932, nachm. 4.30 Uhr, Gartenschule;
Nachschau am Donnerstag, den 23. Juni 1932, nachm. 4.30 Uhr, Gartenschule;
Nachschau am Freitag, den 24. Juni 1932, nachm. 4.30 Uhr, Gartenschule;
Impfung am Mittwoch, den 15. Juni 1932, vorm. 9 Uhr, Grünwinkel (Schule);
Nachschau am Mittwoch, den 22. Juni 1932, vorm. 9 Uhr, Grünwinkel (Schule);
Impfung am Montag, den 20. Juni 1932, vorm. 9 Uhr, Daxlanden (Kinderschule);
Nachschau am Montag, den 27. Juni 1932, vorm. 9 Uhr, Daxlanden (Kinderschule);
Impfung am Donnerstag, den 23. Juni 1932, vorm. 8.30 Uhr, Müppurr (Turnhalle);
Impfung am Donnerstag, den 23. Juni 1932, vorm. 10.30 Uhr, Bulach (Schule);
Nachschau am Donnerstag, den 30. Juni 1932, vorm. 8.30 Uhr, Müppurr;

Nr. 28 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Gesetz über die dritte Änderung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes vom 7. Juli 1926; Bekanntmachung des Ministers der Finanzen: Die Fassung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

Table with columns for location (Amsterdam, Kopenhagen, etc.), date (2. Juni, 1. Juni), and exchange rates (Gold, Silber).

Nach dem Anweis der Reichsbank vom 31. Mai 1932 hat sich in der Ullimowoch der Umlauf an Reichsbanknoten um 221,3 Millionen Reichsmark auf 3960,6 Millionen Reichsmark, derjenige an Rentenbanknoten um 18,6 Millionen Reichsmark auf 413,3 Millionen Reichsmark erhöht.

Börsen und politische Lage

An der Berliner Börse machte auch am Mittwoch die Aktienhaufe stürmische Fortschritte. Man hat das Heraufschellen der Aktienkurve mit dem Motto 'Sachwerthaufe' versehen und hat damit eine Inflationsfurcht in weite Kreise der Bevölkerung hineingetragen.

Das die Person des bekanntlich nicht zurücktretenden Reichsbankpräsidenten Dr. Luther eine Garantie dafür gibt, daß keine Währungsversuche unternommen werden, wird dabei übersehen. Es ist zu hoffen, daß das neue Kabinett energische Maßnahmen dagegen ergreift, daß durch ein leichtfertiges Spiel mit dem Begriff Inflation noch größerer Schaden gestiftet wird, als dies bereits geschehen ist.

Nach einer internen Sitzung des Börsenvorstandes hat sich Handelskammerpräsident Dr. Oskar Meher noch während der Börsenversammlung vor Pressevertretern mit scharfen Worten gegen die Auffassung gewandt, daß etwa die Berliner Börse

mit dem Gedanken einer Inflation sympathisiere. Der Beginn der Aufwärtsbewegung auf dem Aktienmarkt sei nach Ansicht des Börsenvorstandes durch die Ankündigung einer 'kapitalfreundlicheren' Regierung ausgelöst worden.

Tagung des Reichskreditrates. Der Reichskreditrat hielt seine diesjährige Sommer Sitzung am 1. Juni anlässlich der 38. Landtagsversammlung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft in Mannheim unter der Leitung seines stellvertretenden Vorsitzenden, Albert Martmüller, ab.

Die Gemeinschaft der Freunde, die größte deutsche Privatbausparkasse, erklärt in ihrem Jahresbericht, daß sie trotz der Juli-Ereignisse in der Lage war, auch im ganzen Berichtsjahr allen Anforderungen in vollem Umfang zu entsprechen.

Die amerikanischen Goldverschiffungen. Gold im Werte von 23 Millionen Dollar wurde am Mittwoch von New York nach Europa geschickt.

Staatsanzeiger

Obersekretärsprüfung 1932.

Nach dem Ergebnis der Obersekretärsprüfung wurden die nachgenannten Verwaltungswandarter als für den gehobenen mittleren Dienst der inneren Verwaltung befähigt erklärt und zu Verwaltungspraktikanten ernannt:

- Bauer Albert aus Sinsheim, Dersch Josef aus Freiburg, Dürschardt Wilhelm aus Mannheim, Clever Emil aus Karlsruhe, Fecht Artur aus Wehrich, Fetsch Emil aus Sleinmauern, Fohmann Heinrich aus Mannheim, Gühringer Franz aus Haslach, Goppelt Georg aus Karlsruhe, Galt Wilhelm aus Ilmenau, Hauber Friedrich aus Emmendingen, Heß Artur aus Heidelberg, Kähler Helmuth aus Heidelberg, Kraus Franz aus Mannheim, Leitz Franz aus Rinschheim, Nuss Hermann aus Mannheim, Rumpert Erhard aus Rietlingen, Scheffel Otto aus Mühlbach, Schilling Gerhard aus Trienz, Schneider Robert aus Vahr, Schwallter Luise aus Mannheim, Selteneich Hermann aus Mannheim, Ulrich Karl aus Neulohheim.

Ferner wurden für bestanden erklärt: Brämmer Bernhard, Verwaltungswandarter aus Wertheim, Engesser Martin, Verwaltungswandarter aus Sandlingen, Gehring Fritz, Verwaltungswandarter aus Rot, Seiter Wendelin, Verwaltungswandarter aus Neuweier.

Der Minister des Innern K. v. Heusinger, den 30. Mai 1932.

Nachschau am Donnerstag, den 30. Juni 1932, vorm. 10.30 Uhr, Bulach (Schule).

- Impfung am Montag, den 27. Juni 1932, nachm. 4.30 Uhr, Tullaschule;
Impfung am Dienstag, den 28. Juni 1932, nachm. 4.30 Uhr, Tullaschule;
Nachschau am Montag, den 4. Juli 1932, nachm. 4.30 Uhr, Tullaschule;
Nachschau am Dienstag, den 5. Juli 1932, nachm. 4.30 Uhr, Tullaschule;
Impfung am Dienstag, den 21. Juni 1932, nachm. 6 Uhr, Rintheim;
Nachschau am Dienstag, den 28. Juni 1932, nachm. 6 Uhr, Rintheim.

Geimpft muß werden: 1. Jedes Kind vor Ablauf des auf sein Geburtsjahr folgenden Kalenderjahres, sofern es nicht nach ärztlichem Zeugnis die natürlichen Blattern überstanden hat. 2. Jeder Zögling einer öffentlichen Lehranstalt oder einer Privatschule innerhalb des Jahres, in dem er das 12. Lebensjahr zurückgelegt, sofern er nicht nach ärztlichem Zeugnis in den letzten 5 Jahren die natürlichen Blattern überstanden hat, oder mit Erfolg geimpft worden ist. 3. Ältere impflichtige Kinder und Zöglinge, welche noch nicht oder schon ein- oder zweimal, jedoch ohne Erfolg geimpft wurden.

Die geimpften Kinder müssen bei Strafermeidung zu der vom Impfarzt bei der Impfung bestimmten Zeit zur Nachschau gebracht werden.

husten, Flecktyphus, rosenartige Entzündungen oder die natürlichen Blattern herrschen, dürfen Impfzunge zum allgemeinen Termine nicht gebracht werden. Eine Entschädigung hat auch in diesem Falle zu erfolgen. Die Kinder müssen zum Impftermin mit rein gewaschenem Körper und mit reinen Kleidern erscheinen. Karlsruhe, den 1. Juni 1932. R. 984 Polizeipräsident. - Nöt. B. D.-3.19

Rheinische Hypothekbank, Mannheim.

Unsere am 1. Juli 1932 fällig werdenden Zins-scheine lösen wir wie folgt ein: die Zins-scheine aus unseren ursprünglich mit 6%, verzinnten Goldpfandbriefen mit dem aufgedruckten Goldmarkbetrag in Reichsmark (1 Goldmark = 1 Reichsmark), die Zins-scheine aus unseren früher 7%, und 8%, Goldpfandbriefen und 8%, Goldschuldverschreibungen, ab 1. Januar 1932 mit 6%, verzinnt sind:

Mannheim, 1. Juni 1932. 2.895



Badisches Landestheater

Freitag, den 3. Juni 1932

Außer Miete

Die drei Musteliere

Ein Spiel von Ralph Benatzky

Dirigiert: Schwarz

Regie: Dr. Waag

Mitwirkende:

- Geier, Janf, Kuhlmann, Rademacher, Seiberlich, Jurl, Kraber, E. Ribinius, F. Sonntag, Brand, Friedrich, Gemme, J. Gröbinger, Hofpach, Klobie, Kuhne, Mehner, W. Müller, Rentwig, Prüter, Schulze, S. Rindemann, S. Müller, G. Ribinius, F. Sonntag

Anfang 20 Ende 22/4

Preise B (0,70-4,20 RM)

So. 4. 6. Die drei Musteliere.

So. 5. 6. Neu einstudiert: Das Dreimäderlhaus.